

# Der Sächsische Erzähler

Tagesblatt für Bischofswerda



Einige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrates zu Bischofswerda bestimmte Blatt.

Erstausgabe: Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 120 Pf., beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Abonnement 10 Pf., Sonntagsausgabe und Sonntagsnummer 15 Pf.

Jahrsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Säuberung des Besitzes der Zeitung über der Beförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Rückübertragung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abonnement (in Sachsen): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pf., doppelseitige Zeilen 8 Pf., im Zettel 20 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erzielen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewahr. — Erzählort Bischofswerda.

Nr. 150

Sonntag, den 30. Juni 1929.

84. Jahrgang

## Tagesschau.

\* Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände veranstaltete am Freitagabend im dichtgefüllten Plenarsaal des Reichstages eine große Kundgebung gegen das Versailler Diktat und die Kriegsschuldfrage. Im Berliner Stadion fand zu gleicher Zeit eine Kundgebung der vaterländischen Verbände, der Studentenschaft und der bürgerlichen Parteien statt, an der über 60 000 Menschen teilnahmen.

\* In den zwei größten Städten des Saargebietes fanden Freitag abend auf Einladung sämlicher politischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, mehrstellige Kundgebungen für die baldige Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland statt. Es wurden Entschließungen angenommen, in der die Völker und Staatsmänner der Welt aufgefordert werden, dem Saargebiet politische und wirtschaftliche Wiederaufteilung mit dem Deutschen Reich ohne jeden Vorbehalt zu ermöglichen.

\* Auf dem Deutschen Industrie- und Handelskongress in München sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über das Pariser Abkommen. Als Voraussetzung für die Rallierung des Abkommens bezeichnete er die Räumung des Rheinlandes und eine befriedigende Lösung der Saarfrage.

Reichskanzler Müller wird sich am Montag zu einem mehrwöchigen Kurzaufenthalt in ein süddeutsches Bad begeben. Infolgedessen wird er an der politischen Reparationskonferenz nicht teilnehmen.

Der englischen Admiralsität ist eine Nachricht zugegangen, daß ein Flugzeug des englischen Flugzeugunterstützschiffes „Gagle“ das Wrack des spanischen Oceanflugzeuges „Almanzora“ aufgefunden habe.

\* Ausführliches an anderer Stelle.

## Der 28. Juni.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Meldung.) Die Kundgebung der Reichsregierung, die auch die Unterschrift Hindenburgs trägt, wird in politischen Kreisen der Reichshauptstadt nicht als eine besonders große Aktivität gewertet, geschweige denn als Erfolg für die verbotenen oder zum Besuch der Beamten nicht freigegebenen öffentlichen Demonstrationen betrachtet. Die Kundgebung der Reichsregierung selbst hält man vielmehr für ein recht bedeutungsloses Schriftstück, da in ihm an Stelle einer mutvollen Abwehr ungeheuerlicher Zutaten eine phrasenhafte Hintertür auf mögliche parabolische Zustände der Zukunft steht. Man sagt sich, daß diese blumenreichen Wendungen aus dem Archiv sozialdemokratisch-pazifistischer Volkslehrer genommen seien und vollständig jenseits jeder Realpolitik stünden. Auf der anderen Seite stimmt man der Reichsregierung in dem Sage durchaus zu, daß das deutsche Volk über die Kriegsschuldfrage nicht zur Ruhe kommen könne und das Vertrauen unter den Nationen zerstört sei. Nur vermißt man die praktische Anwendung aus dieser sehr richtigen Erkenntnis. Vermißt sie insbesondere am heutigen Tage, da die preußische Regierung dem Volke gewissermaßen einen Maulkorb umlegte, damit es seine berechtigten Klagen nicht in die Lände rufen könne. Vermißt die Anwendung um so mehr, als preußische Polizei mit Gummiknüppeln und Schüssen gegen deutsche Studenten vorging, die in der ernstesten Sache, die uns treffen konnte, von dem Recht der öffentlichen Meinungsausübung Gebrauch machten. Wenn jemals der Volksstimmung hätte freier Lauf gelassen werden müssen, dann am 28. Juni. Dass die Polizei deutsche Männer und Frauen, die für die deutsche Unschuld stammendes Zeugnis einzufügen kamen und diese ihre Kundgebung am Palais des Reichspräsidenten zum Ausdruck bringen wollten, Gegenstand der wilden Verfolgungen der Schupo werden würden, wer hätte das gedacht? Wer hätte es überhaupt für möglich gehalten, daß man jemals Unrecht erleiden müsse, weil man sein Vaterland und seine Ehre über alles sieht. Dass der 28. Juni in den Klammern neudeutscher Parteiherrschaft lag, ist ein Geschehnis, das endender Zeichen für den Gang sozialdemokratischer Herrschaft ist oder aber uns an einer besseren Zukunft des Deutschen Reiches verzweifeln läßt. Hochmut kommt vor dem Fall, sagt ein altes Sprichwort. Ob wir heute am Höhepunkt sozialdemokratischer Tyrannie sind?

## Versaillerstundgebung der deutschen Verbände im Reichstag

Berlin, 28. Juni. Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände beging die 10jährige Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Diktates heute abend mit einer Kundgebung im dichtgefüllten Plenarsaal des Reichstages. Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur a. D. Dr. Schaez, M. d. R., betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Kriegsschuldfrage das moralische Fundament des Gebäudes von Gewalt und Unrecht, von Unterdrückung, Knechtung und Ausbeutung bilden, das durch das Versailler Diktat errichtet sei. Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände habe seit seinem Bestehen den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage geführt auf der Grundlage der Altenordnungsforderungen und der Arbeitsherrschenden Kriegsschuldfrischer. Über immer wieder erheblich in einigen Ländern die Kriegsschuldfrage ihr Haupt und verbündete die wahre Befriedung der Welt. Deshalb forderte das gemeinsame Interesse des gesamten deutschen Volkes die Weiterführung des Kampfes gegen die Lüge des Artikels 231.

Dann kamen die Redner der verschiedenen Fraktionen zum Wort. Reichstagsabgeordneter Geheimrat Schulz-Bromberg von der Deutschnationalen Volkspartei erklärte, ohne die im Osten geraubten Gebiete könne das deutsche Volk nicht existieren, sei sein Wiederaufstieg unmöglich. Reichsminister a. D. Dr. Bell (Btr.) wandte sich gegen die Verleumdungen des von den ehemaligen Feinden verbreiteten Blaubuches über die deutsche Kolonialschuld, das jetzt zur politischen Schundliteratur gehöre. Staatsrat Dr. Haas (Dem.) betonte, daß das deutsche Volk den Krieg nicht gewollt habe, daß aber auch von einer Weisung einer deutschen Regierung nicht die Rede sein könne.

Der volksparteiliche Abgeordnete Prof. Dr. Moselhauer sprach von der Leidenszeit der rheinischen Bevölkerung unter dem Joch der Belagerung. Abgeordneter Geheimrat Bayersdörffer von der Bayrischen Volkspartei wies auf die Not der Bevölkerung der Pfalz hin.

Abg. Möllath von der Wirtschaftspartei besuchte das deutsche Widerhörenproblem.

Als letzter Redner wies der Abgeordnete Hepp von der Christlich-nationalen Bauernpartei auf die Gefahren des immer größer werdenden Geburtenrückgangs hin.

Sodann verfasste Dr. Schaez

eine Entschließung, die unter stürmischem Beifall einstimmig zur Annahme gelangte und in der es u. a. heißt:

„Um Tage der 10jährigen Wiederkehr der durch Drohung und Gewalt erwungenen Unterzeichnung des Versailler Diktats stellt das deutsche Volk erneut fest, daß der im Herbst 1918 zwischen den kriegführenden Nationen feierlich vereinbarte Friede des Reichs und der Neutralität nicht wirklich worden ist. Immer noch sind große Teile des Reichsgebietes am Rhein und in der Pfalz der Herrschaft fremder Besatzungstruppen unterworfen. Immer noch wird das frudende Saargebiet durch eine internationale Kommission gefordert von dem übrigen Reich verwaltet und dabei fortlaufenden Versuchen politischer und wirtschaftlicher Bedrohung ausgelebt. Immer noch besteht im Osten die unmögliche Grenze, welche Ostpreußen vom übrigen Deutschland abtrennt. Immer noch ist Deutschland ausgeschlossen von der Kolonialisierung auf eigenem überreichem Boden. Unerfüllt sind bis heute vertraglich festgelegte Verpflichtungen, die unseren deutschen Volksgenossen außerhalb unserer Grenzen Freiheit in der Pflege ihres Deutschstums gewährleisten sollen. Nicht erfüllt ist die vertragliche Verpflichtung für allgemeine Unfreiheit gegenüber dem von unseren Nachbarn immer wieder erhobenen Ruf nach Sicherheit ist deshalb festzustellen, daß Deutschlands Sicherheit allein bedroht ist. Endlich ist auf den deutschen Thron immer noch der Druck der durch die Kriegsschuldfrage ausgesprochenen moralischen Bedrohung. Sie ist und bleibt das große Hindernis, das sich den Bemühungen um eine Politik der Annäherung und Verständigung entgegenstellt.“

Am 10. Jahresstag der Unterzeichnung des Versailler Diktats fordert daher das deutsche Volk die Befreiung des im Versailler Diktat, insbesondere in Artikel 231 niedergelegten einzigen Beurteilung der Kriegsschuld und fordert die Berufung eines internationalen Ausschusses von Sachverständigen, der ein unparteiisches Urteil über die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg abgeben soll.“

Mit dem Deutschlandlied sandte die eindrucksvolle Feier ihren Abschluß.

## Kundgebung im Berliner Stadion.

Berlin, 28. Juni. Um 1/2 Uhr abends versammelten sich im Berliner Stadion weit über 60 000 Menschen zu einem eindrucksvollen Protest gegen den Schmachtritt von Versailles und gegen die Kriegsschuldfrage. Schon um 1/2 Uhr waren alle Nummernstrahlen verstopft durch die zahlreichen geschlossenen, mit Musik anmarschierten Verbände der verschiedensten Art. Es beteiligten sich an der Kundgebung u. a. der Knabenhäuserbund, viele Jugendliche Stahlhelme, die Berliner Studentenschaft, die vereinigten vaterländischen Verbände, die Offiziersverbände, eine große Anzahl nationaler Arbeiterorganisationen, außerdem eine große Anzahl von Gruppen der politischen Parteien. Außerdem nahmen große Teile der Berliner Jugendbewegung, Pfadfinder, Jungsturm, Deutsche Freiheit und andere Bünde an der Kundgebung teil. In der Hauptloge des Stadions hatte eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten Platz genommen, unter ihnen Parlamentarier, Führer beider Heeres, Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, eine große Reihe von Handwerkerorganisationen und der Berliner Turnbewegung. Das weite Rund des Stadions war mit schwarzen Trauerbannern ausgestattet.

Um 8 Uhr begann der

„Glanzmarsch der über 1000 Jahren“

der einzelnen Verbände, u. a. befanden sich in diesem Zug die Fahnen von Tilsitau, Gablenz, die während des Krieges in Deutsch-Südwürttemberg den deutschen Schutztruppen voranmarschierten, die Fahnen der Studenten, der Jugendbünde, der Kriegervereine, der Marinevereine, des Jungdeutschen Ordens, der Parteien, Innungen und Arbeiterorganisationen. Eröffnet wurde dann die Kundgebung durch musikalische Vorträge einer Stahlhelmkapelle.

Schauspieler Meiniće

verlas außerordentlich eindrucksvoll die Botschaft, die Reichspräsident v. Hindenburg bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18. September 1927 erließ. Dann hielt der 2. Vorsitzende des Hauptkriegerverbandes,

Rechtsanwalt Böh.

seine Rede, in der er im eingehenden die Unschuld Deutschlands am Kriege und damit auf die Unmöglichkeit des Diktats von Versailles hincles. Dieses Diktat habe in der Geschichte der letzten Jahrtausende nur ein einziges Gegenstück, nämlich die Bedingungen, die Rom Karthago aufgeriegen. Er ging dann auf die Kriegsschuldfrage ein und verlas Stimmen von Kriegsschuld-Forscher aus allen Nationen, die feststellen, daß Deutschland keine Schuld am Kriege trage. Der Redner stellte fest, daß Deutschland nie Ziele verfolgt habe, die nur durch Gewalt zu erreichen gewesen wären. Erwiesen sei dagegen, daß Russland und Frankreich den Krieg vorbereitet und eine Grobierungspolitik betrieben hätten, die einmal zum Kriege führen mußte.

Nach der Rede wurde eine

Geschleifung

verlesen, in der es heißt:

Deutschland ist nicht schuld am Kriege, nicht sein Volk, nicht die kaiserlichen Regierungen, nicht der Kaiser.

Rein ist auch der Ehrenschild der alten Wehrmacht zu Lande, Wasser und in der Luft.

Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie unverzüglich die Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands am Kriege widerrufe und damit den Schanddiktat und allen späteren Abmachungen den länderlichen Boden entzieht.

Wie fordern die Revision des Versailler Diktats u. verlangen Wiederaufmachung der widernatürlichen Zersetzung des Reiches.

Wir lehnen es ab, uns Verpflichtungen auferlegen zu lassen, die die Wiedererziehung politischer und wirtschaftlicher Freiheit Deutschlands unmöglich machen und unser Volk auf Generationen verklauen werden. Wir fordern die sofortige Zurückziehung der Besetzung. Solange Deutschland in den Aellen des Versailler Diktats und der anderen Tributverträge liegt, wird niemals echter Friede für Deutschland und in Europa und den ganzen Welt herrschen.

Dann stieg mächtig das Niederländische Dankeslied zum Abendhimmei empor. Zwischenm waren im weiten Rund die Fahnen aufgestellt. Ein außerordentlich eindrucksvoller Anblick bot sich den vielen Zehntausenden und veranlaßte sie immer wieder zu impulsiven vorworbenden Kundgebungen. Als die Nacht hereinbrechen begann schloß die Feier mit dem Großen Zapfenstreich. Der Abmarsch der Verbände wirkte sich plötzlich ruhig los ab. Zu Zusammenstoßen ist es nicht gekommen.